

Neues Labor für Uni Bern: Tierrechtler demonstrieren

von Sophie Reinhardt - Der Grosse Rat diskutiert am Dienstag über einen Kredit für einen Neubau an der Uni. Tieraktivisten kritisieren das darin liegende Versuchslabor.



In Bern protestierten am Montag Tierrechtsaktivisten gegen das Tierversuchslabor der Universität Bern. (Bild: sie)

Die Berner Rechtsmedizin und das Departement für Klinische Forschung sind heute auf 20 Standorte verteilt. Am Dienstag debattiert der Grosse Rat über einen Kredit für einen Neubau an der Murtenstrasse, welcher die bestehenden Labore an einem Standort zusammenfasst. Es brauche den

154 Millionen teuren Neubau, weil die bestehenden Labore nicht heutigen Anforderung entsprechen würden, ist im Regierungsratsbeschluss zu lesen.

Gegen den Kredit stemmen sich verschiedene Tierrechtsorganisationen und die alternative Linke Bern (AL). Denn das Bauprojekt beinhalte 3000 unterirdische Quadratmeter, die für Zucht von Versuchstieren genutzt würden. «Der Neubau bedeutet, dass die Tierversuche massiv ausgebaut werden», so Klingsor Reimann von der AL.

40000 Tiere pro Jahr

Gemeinsam überreichten die Tierfreunde am Montag eine Petition, welche den Stopp des Ausbaus des Tierversuchslabor fordern. Unterschrieben wurde das Papier von 3100 Personen. Bis jetzt würden bereits jährlich 40'000 Tiere in Bern für Tierversuche gebraucht, schätzt Benjamin Frei von der Schweizer Liga gegen Vivisektion und für die Rechte des Tieres. Schafe, Schweine und Nagetiere seien bisher als Versuchstiere an verschiedenen Standorten in Bern gehalten worden.

«Allgemein sind wir nicht gegen den Bau des Hauses, sondern gegen die Tierversuche in der klinischen Forschung», so Reimann. Tierversuche seien oft unnötig, weil eine Behandlung, die bei Mäusen oder Ratten gut wirkte, nicht unbedingt auch dem Menschen helfen würde.

Weniger Tierversuche dank neuem Bau

«Um bei Tierversuchen die Anzahl der benötigten Tiere pro Versuch reduzieren zu können sind Hygienebedingungen nach internationalen Qualitätsstandards einzuhalten», schreibt der Regierungsrat in seinem Vortrag. Diese Standards könnten nur bei einer konsequenten Trennung von Tierzucht und Versuchshaltung erreicht werden. «Dies bedingt den Flächenmehrbedarf in unmittelbarer Nähe zu bestehenden Tierhaltungen und zur klinischen Forschung, damit die Forschungsarbeit sachgerecht, effizient und wirtschaftlich erfolgen kann», so der Regierungsrat. Generell sei der Einsatz von Versuchstieren streng reglementiert und werde wenn möglich durch Alternativmethoden ersetzt.

Wird dem Kredit am Dienstag stattgegeben, denken die Tierrechtsaktivisten darüber nach, das Referendum zu ergreifen